



Auf der Strategiewerkstatt im Juni haben wir die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zum machtkritischen Diversitätsprozess vorgestellt und weitere Ideen eingeholt. Foto: Paul Lovis Wagner

Macht teilen und Zugänge erleichtern

Welche Schritte wir gehen werden, um Machtverhältnisse in der Bewegungsstiftung abzubauen



Gabriele Bischoff

Geschäftsführerin der Bewegungsstiftung

Vor über zwei Jahren haben wir in der Bewegungsstiftung einen wichtigen Prozess gestartet und einen machtkritischen Blick nach innen gerichtet: Wo wirken auch innerhalb der Stiftung Machtverhältnisse auf Grund von Klasse, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht oder Körperbildern?

Auftakt im Frühjahr 2021

Wo gibt es Barrieren, die marginalisierten Gruppen die Teilhabe an der Bewegungsstiftung erschweren? Und wie können wir diese Barrieren abbauen und das Teilen von Macht ermöglichen?

Seitdem sind wir wesentliche Schritte gegangen. Im Frühjahr 2021 gab es bei der Strategiewerkstatt Input-Referate von Francis Seek und Nadiye Ünsal zum Thema Herrschaftskritik. Im Anschluss hat sich eine Ad-Hoc-AG gegründet, die einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen entwickelte. So wurde die Prozesssteuerung an eine Gruppe bestehend aus Mitgliedern des Stiftungsrates, der Geschäftsstelle und interessierten Menschen aus der Stiftungsgemeinschaft übertragen. Zur Begleitung des Prozesses wurde Moderator*in und Berater*in Sohal Behmanesh engagiert.

Thema in vier Bereiche aufgeteilt

Das große Thema Herrschaftskritik haben wir in vier Bereiche aufgesplittet: Teamentwicklung und Institutionalisierung, Awareness und gemeinsames Lernen in der Stiftungsgemeinschaft, Fördermodalitäten und -richtlinien sowie Entscheidungsstrukturen. Im Februar 2022 gab es dann ein Kick-off-Treffen, zu dem die

gesamte Stiftungsgemeinschaft eingeladen war. Dort fanden sich gut 20 Interessierte, die in vier Arbeitsgruppen Vorschläge zu den Unterbereichen entwickelten. Die AGs haben ihre Ergebnisse im Juni auf der Strategiewerkstatt vorgestellt und weitere Ideen von den Teilnehmenden eingeholt.

Nun stehen einige entscheidende Schritte fest. Das Team der Bewegungsstiftung, das mehrheitlich weiß und akademisch ist und ohne Behinderungen lebt, soll diverser werden. Bei Stellenbesetzungen sollen Menschen mit strukturellen Diskriminierungserfahrungen besonders berücksichtigt werden. Außerdem wird 2023 eine Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG-Stelle) eingerichtet.

Bei unseren Veranstaltungen soll es ein Awareness-Team geben, an das sich Menschen wenden können, die Diskriminierung erfahren. Auf jeder Stiftungsveranstaltung soll es zukünftig Lernformate zu Themen wie beispielsweise Rassismus, Klassismus und sich überschneidende Diskriminierungsformen geben, um bei Theorien und Begriffen auf einen gemeinsamen Wissensstand zurückgreifen zu können. Um die Hürden für Förderung abzubauen, wollen wir ein digitales Antragsverfahren einrichten und die Förderrichtlinien verständlicher formulieren. Weitere Schritte sind noch in der Diskussion.

Fest steht: Die Bewegungsstiftung verändert sich, damit sie weiterhin ein Vernetzungsort für alle Menschen bleibt, die sich für eine gerechte Welt einsetzen.

Termine

Tagung: Geldgeschichten
Über den Umgang mit Vermögen,
Macht und Verantwortung

25. Februar 2023 in Berlin

Antragsschluss Strategieberatung
7. Februar 20223

**Antragsschluss Kampagnen-
und Basisförderung**

4. April 2023

Vertrauliche Kommunikation muss geschützt werden

Tom Jennissen von unserem Förderprojekt „Chatkontrolle stoppen“ berichtet, wie das Bündnis Massenüberwachungspläne der EU verhindern will.



Das Bündnis „Chatkontrolle stoppen“ macht nicht nur online sondern auch offline mit Protestaktionen Druck gegen das geplante Gesetz – so wie hier am 8. Juni vor dem Bundesinnenministerium in Berlin.

Foto: Digitale Gesellschaft CC BY 4.0

Angenommen, auf Grundlage eines neuen europäischen Gesetzes würde die deutsche Post dazu verpflichtet, sämtliche Briefe zu öffnen, zu lesen und gefundenes verdächtiges Material einer zentralen Behörde zu melden. Die Aufregung wäre zu Recht groß. Doch was in der analogen Welt nach totalitärer Dystopie klingt, soll nach dem Willen der Europäischen Kommission für elektronische Kommunikation bald zum Alltag werden.

Kern eines Verordnungsvorschlages, der am 11. Mai 2022 vorgelegt wurde, ist eine solche Verpflichtung für Anbieter von Telekommunikations- und Hostingdiensten. Diese sollen nach Darstellungen von Kindesmissbrauch und sogenanntem „Grooming“, also sexuellen Annäherungsversuchen von Erwachsenen an Kinder und Jugendliche, suchen. Dazu sollen Anbieter nicht nur Bild- und Videodateien, sondern auch Texte und sogar Sprachnachrichten, also die gesamte Kommunikation aller Nutzenden scannen. Neben der direkten Kommunikation via Messenger oder E-Mail sollen auch Hostingdienste, also insbesondere Cloud-Dienste betroffen sein, auf denen mittlerweile ein Großteil der privaten Daten vieler Menschen, aber auch von Vereinen und wirtschaftlichen Organisationen liegt.

Auch Ende-zu-Ende-verschlüsselte Kommunikation ist nicht von der Regelung ausgenommen. Doch deren Scannen ist technisch nur möglich, wenn die gesamte Verschlüsselung (etwa durch Backdoors) kompromittiert würde oder mittels neuer technischer Lösungen wie dem „Client-Side-Scanning“ umgangen wird. Dabei werden die Kommunikationsinhalte noch auf dem Gerät der Nutzenden gescannt. In den verschiedensten Apps würde also ein kleiner Staatstrojaner eingebaut, der das Gerät zu einer Wanze macht, die wir ständig mit uns herumtragen. Damit würde eine Überwachungsinfrastruktur dystopischen Ausmaßes geschaffen, die ganz sicher nicht auf das Scannen auf Kindesmissbrauch beschränkt bliebe.

Frühzeitige Mobilisierung ist entscheidend für den Erfolg

Bereits am Tag der Vorstellung des Vorschlags versammelten sich Menschen vor dem Europäischen Haus in Berlin und forderten, die Chatkontrolle zu verhindern. Organisiert wurde der Protest durch das Bündnis „Chatkontrolle STOPPEN!“, das sich auf Initiative der Digitalen Gesellschaft schon im Frühjahr gegründet hatte. Das Bündnis versucht, die Pläne durch eine frühzeitige Mobilisierung zu verhindern. Denn

die Erfahrung zeigt, dass auch die massivsten Proteste – wie etwa gegen die Uploadfilter im Urheberrecht 2019 – wenig bewirken, wenn sie erst kurz vor Abschluss der letzten Verhandlungen in Brüssel sichtbar werden. Auch wenn die Kampagne an zahlreichen Fachgesprächen teilnimmt, auf Kongressen und Tagungen über die Pläne informiert und versucht Entscheidungsträger*innen in Regierung und Parlamenten zu überzeugen, ist klar, dass nur politischer Druck auf der Straße und im Netz zum Erfolg führen wird.

Mittlerweile haben wir 160.000 Unterschriften gesammelt und weitere Protestaktionen organisiert. Außerdem haben viele zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland den Aufruf der Kampagne unterzeichnet – von Opferorganisationen über Berufsverbände bis zum Dachverband der Fußballfanhilfen. Durch die Kampagnenförderung der Bewegungsstiftung war es möglich, die Website chatkontrolle.eu aufzusetzen und einen Mobilisierungsfilm zu produzieren, der mittlerweile große Verbreitung im Netz findet und derzeit auch ins Englische übersetzt wird sowie Untertitel in zahlreichen Sprachen bekommt.

Die Pläne können wir nur auf EU-Ebene stoppen

Denn auch wenn die Bundesregierung, die sich trotz aller Versprechen einer grundrechtsorientierten Sicherheitspolitik noch immer nicht eindeutig positioniert hat, ein wichtiger Akteur im Gesetzgebungsprozess ist: Die Pläne der EU-Kommission können wir nur auf europäischer Ebene stoppen. Deshalb ist das deutsche Bündnis ein zentraler Teil der von der Organisation European Digital Rights koordinierten europäischen Kampagne „StopScanningMe.eu“. Wenn auch in anderen Ländern der Protest laut und der politische Druck groß wird, können wir die Chatkontrolle noch verhindern.

Mehr Infos und das Erklär-Video gibt es unter [chatkontrolle.eu](https://www.chatkontrolle.eu)

„In Deutschland gibt es keine Chancengleichheit“

Stifter*innen vorgestellt: Maren Bedau ist die 250. Person, die zugestiftet hat. Im Interview erklärt sie, warum sie mit einem Teil ihres Einkommens soziale Bewegungen fördert.



„Ich finde es toll, dass es in der Stiftung einen Austausch zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen gibt.“ Maren Bedau ist die 250. Person, die zugestiftet hat. Foto: Privat

Wie haben Sie von der Bewegungsstiftung erfahren?

Maren Bedau: „Durch meinen Mann. Der war lange im Bereich Datenschutz politisch aktiv und war vor einigen Jahren bei einem Treffen der Bewegungsstiftung in Verden. Er hat davon berichtet, wie viele spannende Projekte die Bewegungsstiftung fördert. Ich bin dann wieder auf die Stiftung gestoßen, als ich von der Initiative „taxmenow“ erfahren habe, die sich für mehr Steuergerechtigkeit einsetzt und von Stifter*innen gegründet wurde. Denn die wachsende soziale Ungleichheit ist für mich ein ganz wichtiges Thema. Das positive Besetzen einer Reichensteuer von vermögenden Menschen selbst, finde ich einen guten Ansatz.“

Was hat Sie überzeugt, Stifterin zu werden?

„Ich spende regelmäßig an verschiedene Initiativen und habe mir meine Förderprojekte immer selbst rausgesucht. Dadurch, dass mein Einkommen in den letzten Jahren gestiegen ist, hätte ich auch mehr Projekten spenden

können. Ich habe es aber nicht geschafft, mich darum zu kümmern. Da habe ich mir gesagt, ich will es nicht nur bei dem Vorsatz belassen. Deshalb ist die Bewegungsstiftung für mich eine gute Struktur, an die ich nun regelmäßig Geld geben werde. Dann habe ich zukünftig einen Ansprechpartner für meinen Wunsch, progressive Projekte zu unterstützen.“

Was machen Sie beruflich?

„Ich bin Anwältin mit Schwerpunkt Gesundheitsrecht in einer Großkanzlei, vertrete beispielsweise Krankenhäuser gegenüber Krankenkassen und staatlichen Behörden. Das ist ein sehr zeitintensiver Job. Daneben bleibt mir in der Regel keine Zeit, mich sozial oder politisch zu engagieren“

Würden Sie sich selbst als vermögend bezeichnen?

„Ich habe nicht reich geerbt, habe auch kein großes Vermögen. Aber aufgrund meines Einkommens gehöre ich wohl zu den obersten zehn Prozent der Gesellschaft, was die Steuerpflicht betrifft. Ich verdiene gerade mehr, als ich

zum Leben brauche und ich habe beschlossen: Ich brauche nicht noch mehr Vermögensaufbau für mich.“

Welche politischen Themen interessieren Sie?

„Soziale Ungleichheit, Zugang zu Bildung, Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Das Thema ist ein roter Faden in meinem Leben. Ich finde, in Deutschland gibt es keine Chancengleichheit. Eigentlich müsste ich mich auch noch mehr für Klimaschutz engagieren. Das habe ich aber noch nicht getan.“

Sind Sie in anderen Bereichen politisch engagiert?

„Aktuell nicht, früher schon. Ich habe mich, seit ich 15 war, in der Schüler*innenvertretung engagiert, später dann in der Studierendenpolitik und war bis Ende 20 in einem Jugendverband aktiv. Ich hab viel Bildungsarbeit gemacht, Kongresse und Seminare veranstaltet und Fördermittel beantragt, kenne also auch diese Seite.“

Die Bewegungsstiftung bietet ihren Stifter*innen die Chance, bei der Projektbegleitung oder Antragsauswahl mitzuarbeiten. Kommt das für Sie in Frage?

„Im Augenblick lässt das meine Zeit nicht zu. Aber es wird auch wieder Lebensphasen geben, wo mehr möglich ist. Ich will auf jeden Fall mal an einem Treffen teilnehmen, um die Menschen in der Stiftung persönlich kennenzulernen.“

Was wünschen Sie der Bewegungsstiftung?

„Ich finde es toll, dass es in der Stiftung einen Austausch zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen gibt. Das finde ich sehr spannend und wünsche der Stiftung, dass dieses Zusammenbringen von Projekten weiter gelingt. Ich finde es wichtig, dass sich Bewegungsakteure mit unterschiedlichen Ansätzen nicht auseinanderdividieren, sondern die Kräfte bündeln und an einem gemeinsamen Ziel arbeiten.“

Unsere neuen Förderprojekte



Eins unserer neuen Förderprojekte: „Bleiberecht für alle statt Chancenfalle“ streitet für ein bedingungsloses, stichtagsunabhängiges Aufenthaltsrecht.

Basisförderung

Schule muss anders

Die Kampagne „Schule muss anders“ streitet für ein gerechtes, gut ausgestattetes und inklusives Schulsystem für alle Kinder und Jugendlichen in Berlin. Um den Druck auf die Politik hochzuhalten, will die Initiative ihre Strukturen ausbauen. Wir unterstützen diesen Entwicklungsschritt mit **70.000 Euro**. schule-muss-anders.de

Kampagnenförderung

Beihilfe zur Bewegungsfreiheit – Entkriminalisierung von Fluchthilfe, jetzt!

Die Kampagne hat zum Ziel, die gesellschaftliche Zustimmung zur „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ zu erhöhen, indem sie öffentlichkeitswirksam in den dominierenden Diskurs von „kriminellen Schmugglern und Schleusern“ interveniert.

Förderung: 15.000 Euro
borderline-europe.de

BLEIBERECHT FÜR ALLE statt Chancenfalle!

Das Netzwerk streitet für ein bedingungsloses, stichtagsunabhängiges Aufenthaltsrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen und will migrations- und asylpolitische Gesetzgebungsverfahren mit Protest begleiten.

Förderung: 15.000 Euro
bleiberecht-statt-chancenfalle.net

Für ein grünes Hamburg

Der Verein „Für ein grünes Hamburg“ wird die Volksinitiative „Rettet Hamburgs Grün - Klimaschutz jetzt!“ auch beim Volksbegehren (der zweiten Stufe der Volksgesetzgebung) unterstützen. Das Ziel: Grünflächen in Hamburg, die über ein Hektar groß sind, sollen vor der Bebauung geschützt werden.

Förderung: 15.000 Euro
rettet-hamburgs-gruen.de

OHa! Ein offenes Haus für Frankfurt

Die Initiative engagiert sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung des derzeitigen Studierendenhauses der Uni Frankfurt am Main zum soziokulturellen Zentrum in Selbstverwaltung.

Förderung: 15.000 Euro
www.ohdk.de

#PayYourWorkers

Die Initiative der Kampagne für saubere Kleidung streitet dafür, dass Arbeiter*innen der Bekleidungsindustrie bei Entlassung ausstehende Löhne und Abfindungen erhalten. Mit Eilaktionen, Öffentlichkeitsarbeit und Protesten will die Initiative Druck auf die Unternehmen machen, damit diese die volle Verantwortung für ihre Lieferkette übernehmen.

Förderung: 15.000 Euro
saubere-kleidung.de/payyourworkers

Starthilfe-Förderung

Bloque Latinoamericano Berlin

Der Bloque Latinoamericano Berlin ist eine

politische Basisorganisation, die die sozialen Kämpfe in Lateinamerika unterstützt und Migrant*innen in Berlin bei der Selbstorganisation hilft. Nun will das Kollektiv weiter wachsen und seine Arbeit verstetigen.

Förderung: 10.000 Euro
bloquelatinoamericanoberlin.org/de/inicio-deutsch

Language Justice Network

Das Netzwerk bietet Verdolmetschung und Dolmetschtechnik für politische Bewegungen an und leistet Sensibilisierungsarbeit zu Sprache als Barriere, Empowerment und Machtstruktur. Es will seine Arbeit ausbauen, um die Bedeutung von Mehrsprachigkeit in politischen Kämpfen sicht- und hörbarer zu machen.

Förderung: 10.000 Euro
interprise.nirgendwo.info
bla.potager.org/de

Poliklinik Syndikat

Das Poliklinik Syndikat förderte bundesweit den Aufbau von solidarischen Gesundheitszentren, die sich für eine bessere Gesundheitsversorgung in unterversorgten Gebieten einsetzen und die Menschen vor Ort beim Streiten für ihre sozialen Rechte unterstützen. Nun will das Syndikat weiter wachsen und die transformative Gemeinwesenarbeit vorwärts treiben.

Förderung: 9.740 Euro
poliklinik-syndikat.org

Recherche Zentrum Polizei

Der Mord an Oury Jalloh und viele weitere Fälle von Polizeigewalt haben gezeigt: Verbrechen, die von Polizeibeamt*innen aus menschenverachtenden Motiven begangen werden, werden juristisch kaum verfolgt. Das „Recherche Zentrum Polizei“ will dieses System der Straflosigkeit aufbrechen. Mit investigativer Faktenrecherche und in Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Opfer und deren Anwält*innen will die Gruppe zur Aufklärung von Taten beitragen.

Förderung: 10.000 Euro

Zivilgesellschaft ohne Grenzen

Die Gruppe setzt sich für den Schutz von Aktivist*innenein, die in ihren Herkunftsländern politisch verfolgt werden. Sie will Unterstützung leisten, um ihnen vor Ort die Weiterarbeit zu ermöglichen und im Notfall die Ausreise in ein sicheres Land zu organisieren. Dazu sollen stabile Strukturen aufgebaut und das Thema in die Öffentlichkeit getragen werden.

Förderung: 10.000 Euro

Das Unrecht öffentlich machen

Unser neuer Bewegungsarbeiter Ibrahim Izzeldeen engagiert sich für die Rechte von Geflüchteten und für die Oppositionsbewegung im Sudan

Soziale Gerechtigkeit und Demokratie – das sind die Themen, denen unser neuer Bewegungsarbeiter Ibrahim Izzeldeen sein Leben gewidmet hat. Er unterstützt Geflüchtete in Deutschland und streitet mit der zivilgesellschaftlichen Bewegung gegen die Militärdiktatur in seinem Herkunftsland Sudan. „Beide Bewegungen sind miteinander verbunden“, sagt Ibrahim. „Bei beiden geht es um Gerechtigkeit“.

Im Sudan hatte er sich schon als Schüler und Student dem friedlichen und gewaltfreien Widerstand gegen den Militärdiktator Omar al-Bashir angeschlossen. „Nach dem sudanesischen Aufstand im September 2013, bei dem das Regime in weniger als drei Tagen 200 Demonstranten tötete, habe ich zusammen mit Genossen Widerstandskomitees in den Stadtvierteln aufgebaut. Diese basisdemokratische Netzwerk von Widerstandskomitees im ganzen Land leistet auch heute noch wichtigen zivilen Ungehorsam gegen die Regierung.“

Ibrahim (Jahrgang 1978) war durch sein Engagement Verhaftungen, Todesdrohungen und politischer Verfolgung ausgesetzt und floh Ende 2017 nach Deutschland. Er kam in ein Erstaufnahmehaus im niedersächsischen Bramsche und dann in ein Heim bei Osnabrück. „Seit meinen ersten Tagen in Deutschland als Asylbewerber war ich mit Problemen konfrontiert, die die meisten Einwanderer und Flüchtlinge aus südlichen Ländern erleben: Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, alltäglicher Rassismus, die ständige Drohung von Abschiebungen. Dagegen haben wir uns gemeinsam gewehrt“.

Um die nächtlichen Abschiebungen zu stoppen, starteten die Geflüchteten im Heim bei Osnabrück zum Beispiel die Aktion „Whistle of Hope“ – Pfeifen der Hoffnung. „Es gab immer jemanden, der nachts Wache hielt“, berichtet Ibrahim. „Wenn dann die Polizei anrückte, gab er ein Pfeifsignal, woraufhin alle Menschen aus ihren Zimmern strömten und den Eingang blockierten. So konnte die Polizei die Personen



Ibrahim ist Teil der Gruppe „Sudan Uprising Germany“ und informiert die deutsche Öffentlichkeit darüber, wie Deutschland und die EU das Militärregime im Sudan stützen. Foto: Privat

nicht auffindig machen, die sie abschieben wollten. Das hat sehr gut geklappt.“

Mittlerweile ist Ibrahim als politischer Geflüchteter anerkannt und lebt in Berlin. Die Bewegung von Geflüchteten in Deutschland unterstützt der gelernte Filmemacher weiterhin, zur Zeit mit Medienarbeit zum Thema Bleiberecht. Darüber hinaus engagiert er sich für die Oppositionsbewegung im Sudan. Dort hat das Militärregime zwar gerade in Aussicht gestellt, seine Macht abzugeben. Aber Ibrahim hält das Ganze für ein Ablenkungsmanöver: „Im Hintergrund zieht weiterhin das Militär die Strippen.“ Jede Woche gehen tausende Menschen in Karthum und anderen Städten gegen das Regime auf die Straße. Von Deutschland aus unterstützt er die Demokratiebewegung mit Filmen, Texten und Medienarbeit.

Ibrahim ist Teil der Gruppe „Sudan Uprising Germany“, die schon von der Bewegungsstiftung unterstützt wurde. „Sudan Uprising“ wurde von sudanesischen und sudanesisch-deutschen Aktivist*innen gegründet und unterstützt den zivilgesellschaftlichen Widerstand

gegen das Militärregime im Sudan. „Wir organisieren Demos und Proteste, machen Lobbyarbeit, knüpfen Netzwerke und schreiben Petitionen“, sagt Ibrahim. Dabei geht es auch darum, die deutsche Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie Deutschland und die EU das Militärregime im Sudan stützen.

Lobby- und Medienarbeit, Vernetzung, Veranstaltungen, Proteste – Ibrahims Arbeitstage sind gut gefüllt. Von der Aufnahme in das Bewegungsarbeiter*innen-Programm verspricht er sich finanzielle Unterstützung durch Menschen, denen seine Arbeit wichtig ist. Außerdem freut er sich auf den Austausch und die Vernetzung mit den anderen Bewegungsarbeiter*innen. Die Zusammenarbeit mit anderen ist für ihn eine Quelle der Kraft. „Es gibt mir Hoffnung, wenn ich sehe, dass sich immer mehr Menschen unserem Widerstand anschließen.“

Wer Ibrahims Arbeit unterstützen will, kann hier online spenden:
www.bewegungsarbeiter.de

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:** Gabriele Bischoff, Jonah Schnakenberg **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231/957 540, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Wir können viel verändern“

Susanne Kühne von unserem Förderprojekt „Schule muss anders“ berichtet von den Kämpfen für gerechte Bildung in Berlin und warum Zuversicht die Basis für Kampagnenarbeit ist



Susanne Kühne (Foto l.) ist für die Pressearbeit der Kampagne zuständig, die in Berlin Tausende auf die Straße bringt. Fotos: Schule muss anders

Susanne, die Kampagne „Schule muss anders“ setzt sich für ein gutes und gerechtes Schulsystem in Berlin ein. Wie sieht die Situation in Berlin genau aus?

Susanne Kühne: „Es gibt viele Schulen, die nicht gut ausgestattet sind und sich in einem maroden Bauzustand befinden. Außerdem haben wir in Berlin einen Mangel an Lehrkräften und an pädagogischem Personal wie Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und eigentlich auch Psycholog*innen, die man speziell im Anschluss an die Pandemie bräuchte.“

Hast du konkrete Beispiele?

„Ja, es gibt in Pankow eine Schule, die quasi auseinanderfällt. Ich habe da Bilder von maroden Fenstern gesehen, die bei zu starkem Wind drohen herauszufallen.“

Wie ist eure Gruppe aufgebaut?

„Wir setzen uns aus Lehrkräften, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und Eltern zusammen. Bei Schüler*innen und Student*innen haben wir noch Nachholbedarf, da sind wir dran.“

Welche Forderungen habt ihr an die Berliner Politik?

„Wir haben uns auf vier griffige Forderungen geeinigt. Erstens wollen wir, dass es in der Schule mehr Zeit für Beziehung und Teamarbeit gibt. Wir fordern außerdem Teams aus unterschiedlichen Berufen, die unterstützend in der Schule tätig sind. Es soll für mehr Personal gesorgt werden und eine Ausbildungs-offensive geben. Zu guter Letzt fordern wir,

dass Diskriminierung bekämpft und Teilhabe garantiert wird.“

Welche Aktionen habt ihr im Rahmen der Kampagne bereits durchgeführt?

„Es finden seit einem Jahr kontinuierlich sehr viele verschiedene Aktionen statt. Dazu zählen Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Mailaktionen an Politiker*innen und eine Mahnwache vor dem Abgeordnetenhaus.“

Was habt ihr bisher erreicht?

„Bei den Koalitionsverhandlungen 2021 saß ein*e Vertreter*in unserer Kampagne mit am Tisch. Deshalb finden sich jetzt drei von unseren vier Forderungen ganz oder teilweise im Koalitionsvertrag. Außerdem hat unser Engagement bewirkt, dass wir in Berlin nun 17 Millionen Euro mehr für die Lehrkräftebildung und drei Millionen Euro für multiprofessionelle Teams zur Verfügung haben.“

Es gibt sicher auch mal Rückschläge. Wie gehst du damit um?

„Natürlich gibt es bei unserer Arbeit immer wieder Rückschläge. Manchmal hat man das Gefühl, man dreht sich im Kreis und nichts verändert sich. Wenn ich jetzt ganz allein auf weiter Flur wäre, dann würde ich sagen: Ich lege den Griffel hin und gebe auf. Wir sind allerdings sehr viele Menschen, mit unterschiedlichen Kenntnissen und Fähigkeiten, die sich engagieren. Für uns gibt es dann zwei Möglichkeiten: Wir geben auf oder: Jetzt erst recht. Und Aufgeben ist für uns keine Option.“

Wie optimistisch bist du, dass ihr eure Ziele erreicht?

„Ich denke, dass wir einiges erreichen und vieles verändern können. Das geht natürlich nicht in ein bis zwei Jahren, sondern das sind lange Prozesse, für die wir Ausdauer brauchen, um nachhaltig etwas zu verändern. Man sieht momentan, dass sich die schulische Lage auch bundesweit zuspitzt und das Thema immer mehr bei der breiten Bevölkerung ankommt. Das hilft uns auch bei unserer Kampagne. Und vielleicht gehen dann bald nicht mehr 2.000, sondern 200.000 Menschen auf die Straße.“

Die Bewegungstiftung hat eure Kampagne bereits 2021 mit 15.000 Euro Kampagnenförderung unterstützt. 2023 folgt nun eine Basisförderung mit 70.000 Euro. Was bringt euch die Förderung?

„Wir arbeiten hier in einer Ehrenamtsstruktur mit wenig bezahlten Kräften. Ich gehöre dank der Bewegungstiftung zu den Leuten, deren Arbeit finanziert wird. Dadurch wird garantiert, dass ich die Pressearbeit kontinuierlich und zuverlässig machen kann. Die Öffentlichkeit bleibt informiert und der Druck auf die Politik wird aufrechterhalten.“

Das Interview führte Jonah Schnakenberg.

Zeit zum Hören

Eine lange Version des Interviews gibt es in unserem Podcast unter: t1p.de/bs-podcast